

ZÜRCHER
FREISINN
Wir machen Zürich stark!

Verantwortung für eine einzigartige Partei

Editorial von Hans-Jakob Boesch


Besuchen Sie den digitalen «Zürcher Freisinn» unter www.fdpzh-freisinn.ch/ oder schauen Sie gleich hier rein!

Hier geht's zum digitalen «Zürcher Freisinn»:



Für Liberale ist es eine Binsenweisheit, dass Freiheit und Verantwortung zwei Seiten derselben Medaille sind. Leider ist aber auch wahr, dass immer wieder die eine Seite, die Verantwortung, vergessen geht. Dem müssen wir entgegenhalten.

In der freisinnig-demokratischen Partei können alle an der Parteiarbeit teilnehmen – und sie müssen es auch (im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbstverständlich). So wie in unserem demokratisch-liberalen Staatswesen, so liegt auch bei uns das Wohl der Partei nicht nur in der Verantwortung der Präsidien und Vorstände von Orts-, Bezirks- und Kantonalpartei, sondern auch in derjenigen sämtlicher Mitglieder. Hierzu drei Beispiele aus jüngster Zeit:

Es wird immer wieder kolportiert, das Amt des Parteipräsidenten sei undankbar, unattraktiv und mache keinen Spass. Ob dem tatsächlich so ist, haben wir alle selbst in der Hand. Das liegt nämlich nicht an den Statuten, nicht am politischen Gegner, nicht an der Entschädigung, sondern das liegt alleine an unserem Verhalten als Mitglieder der FDP Kanton Zürich. Wenn der Präsident unserer Sicherheitspolitischen Kommission beispielsweise als «Dank» für die Organisation eines spannenden öffentlichen Anlasses mit hochkarätigen Gästen ein Mail eines Parteimitglieds bekommt, er hätte bei der Auswahl der Gastreferenten schlicht «ver-



Hans-Jakob Boesch, Parteipräsident FDP Kanton Zürich

sagt», dann ist das – milde ausgedrückt – sicher nicht förderlich für das ehrenamtliche Engagement in und für unsere Partei. Damit ist selbstverständlich nicht gemeint, Kritik sei grundsätzlich in der FDP nicht angebracht, im Gegenteil. Aber sie soll konstruktiv sein und nicht verletzend.

Es ist sehr ärgerlich, wenn einzelne Parteipponenten sich in der Öffentlichkeit negativ über die Partei äussern, statt allfällige Probleme intern gemeinsam zu lösen. Das schadet dem Image der

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–9 Zürcher Freisinn
- 10/11 Die neue FDP-Liberale Fraktion
- 12/13 Rückblick auf die Legislatur 2019–2023
- 14–16 Acht neue Fraktionsmitglieder stellen sich vor
- 17 Spannendes Online-Game für 5G
- 18/19 Altersvorsorge vor grossen Herausforderungen
- 20 Exportwirtschaft braucht gute Rahmenbedingungen
- 21 Teure linke Lösungen im Gesundheitswesen
- 22 Ausblick auf die Wintersession
- 23 Vermischtes/Kolumne



Wohlstand tagtäglich erarbeiten

FDP kämpft weiter

Liebe Freisinnige

Ein intensiver Wahlkampf liegt hinter uns. Den Gewählten gratuliere ich herzlich. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit. Allen Engagierten danke ich von Herzen. Für den Ständerat besteht im Hinblick auf die zweiten Wahlgänge noch die Aussicht, die Sitzzahl zu halten. In der kommenden Legislatur stehen richtungsweisende Entscheide an, sei es bei der Altersvorsorge, dem Gesundheitswesen, der Stromversorgung oder der Wirtschaftspolitik und internationalen Vernetzung unseres Landes. Mit den Wahlen wurden die bürgerlichen Kräfte gestärkt, das ist für die Zukunft unseres Landes zentral.

Schweizer Bevölkerung will weiterhin eine bürgerliche Politik

Aber: Wir müssen Verluste im Wähleranteil (–0,7 Prozent) sowie an Sitzen im Nationalrat (–1 Sitz) hinnehmen. Auch wenn die FDP weniger verloren hat, als es die Umfrageergebnisse erwarten liessen, und (trotz Rechenschwierigkeiten des Bundesamts) wir noch immer an dritter Stelle liegen, so kann uns das Wahlergebnis selbstverständlich in keiner Weise zufriedenstellen. Wir haben es nicht geschafft, den Bürgerinnen und Bürgern bewusst zu machen, weshalb unsere liberale Politik für sie selber und für unser Land notwendig ist. Die Analyse der Wahlergebnisse werden wir in Kürze starten. Aus den gewonnenen Erkenntnissen werden wir gezielte Massnahmen in die Wege leiten, um die FDP wieder auf den Erfolgsweg zu bringen.

Anpacken und die Schweiz stark machen

Der Wohlstand für die Menschen in der Schweiz fällt nicht vom Himmel, sondern muss tagtäglich erarbeitet werden. Dafür kämpfen wir weiter! Wir

kämpfen für eine starke und innovative Wirtschaft, für gesicherte Sozialwerke sowie Sicherheit und Versorgungssicherheit für alle. Wir gehen die Herausforderungen unserer Zeit mit Mut und Zuversicht an, um die Zukunft aktiv zu gestalten. Die Krisen der letzten Jahre zwingen uns zu mehr Realitätssinn; sie haben gezeigt, dass Freiheit, Gemeinsinn und Wohlstand keine Selbstverständlichkeit sind.

FDP erwartet von Mitte und SVP konstruktive Mitarbeit

Angesichts der grossen Herausforderungen erwarte ich von der Mitte und der SVP mehr konstruktive Mitarbeit zugunsten tragfähiger Lösungen. So stimmen wir schon bald über die Zukunft der AHV ab. Einerseits wollen die SP und die Grünen mit der Initiative für eine 13. AHV-Rente das System in unverantwortlicher Weise ausbauen. Diese Forderung ist schlicht nicht finanzierbar, das wichtigste Sozialwerk würde an die Wand gefahren. Auf der anderen Seite übernimmt die FDP zusammen mit den Jungfreisinnigen Verantwortung und schlägt mit der Renteninitiative eine pragmatische Lösung für eine Sicherung der AHV vor. Sowohl die Mitte wie auch die SVP verkennen die Realität und verweigern sich der nachhaltigen Lösung. Lasst uns gemeinsam kämpfen für unsere Initiative und für gesicherte Renten auch für künftige Generationen!

Ihr Thierry Burkart

Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Fortsetzung von Seite 1

Partei, braucht unnötig Ressourcen und demotiviert die Mitglieder. Als Parteipräsident versuche und versuchte ich dem stets entgegenzuwirken. Ohne Unterstützung aus der ganzen Partei würde ich aber ein einsamer Rufer in der Wüste bleiben. Auch die anderen FDP-Exponentinnen und -Exponenten und Mitglieder müssen hier Vorbild sein, Verantwortung übernehmen und disziplinierend auf ihr Umfeld wirken. Nur so können wir ein klares Profil und geschlossene Reihen behalten.

Im Rahmen der Suche nach meiner Nachfolge wurde der kantonale Parteivorstand von einem Exponenten aufgefordert, dass wir nicht nur eine Nachfolge finden müssten, sondern dass diese Nachfolge auch gut(!) sein müsse. Selbstverständ-

lich war und ist dem kantonalen Parteivorstand sehr daran gelegen, eine gute Nachfolgelösung zu finden. Nur: Das kann und soll nicht in der alleinigen Verantwortung des Parteivorstands liegen. Es müssen alle mithelfen, indem sie selbst sich zur Verfügung stellen oder aber in ihrem Umfeld nach guten Kandidatinnen und Kandidaten suchen.

Als abtretender Parteipräsident hoffe und wünsche ich, dass auch zukünftig alle Parteikolleginnen und -kollegen Verantwortung übernehmen. Verantwortung für unsere Partei, unsere Werte, unsere Spielregeln, unsere Positionen, unsere Mitglieder und unsere Exponentinnen und Exponenten. Denn es gibt keine Medaille mit nur einer Seite.

Für das von Ihnen mir entgegengebrachte Vertrauen in den letzten siebeneinhalb Jahren und für die gute Zusammenarbeit möchte ich mich herzlich bedanken!

Und noch was: Doch, das Parteipräsidium ist allen Unkenrufen zum Trotz ein spannendes, attraktives Amt, bei dem man viel bewegen und durchaus Spass haben kann. Denn wir sind eine einzigartige Partei mit tollen Mitgliedern und mit genau den Werten, die uns so wichtig sind und die die Schweiz so weit gebracht haben. Hierfür lohnt es sich, sich einzusetzen und Verantwortung zu übernehmen. Immer.

Libérale Grüsse, Hans-Jakob Boesch
Parteipräsident FDP Kanton Zürich

Auf unsere Werte bauen

Der Rückblick auf die Wahlen ist für unsere Partei nicht wirklich erfreulich, da gibt es nicht viel zu beschönigen. Liberale Anliegen haben es schwer, das war auch im Abstimmungskampf spürbar. Und was die Verteidigung des Ständeratssitzes angeht, war klar, dass dies nur gemeinsam und mit der vollen Unterstützung aller bürgerlich-liberalen Kräfte möglich gewesen wäre. Nach eingehender Analyse und vertieften Gesprächen bin ich deshalb gemeinsam mit der Partei zum Schluss gekommen, dass diese Voraussetzung für einen Erfolg im zweiten Wahlgang nicht gegeben war. Wengleich mir dies sehr schwergefallen ist, habe ich zwei Tage nach dem Wahlsonntag deshalb entschieden, meine Kandidatur zurückzuziehen.

Dennoch: Ich möchte die letzten Monate und den Wahlkampf, den ich geführt habe, nicht missen. Diese Zeit war eine Bereicherung, und mit grosser Überzeugung habe ich mich für unsere liberale Sache und unsere Partei eingesetzt – am

Morgen an Bahnhöfen bei Gipfeli-Aktionen, am Abend an Veranstaltungen mit den anderen Parteien. Und vor allem: Ich hatte viele inspirierende Begegnungen und bin berührt von der grossen Unterstützung, die ich erfahren durfte. Dafür bedanke ich mich bei allen Beteiligten ganz herzlich. Ihr habt Wildplakate aufgestellt, Flyer, Postkarten und Biberli verteilt, auf Social Media gepostet, ihr seid meinem Komitee beigetreten, am Greifenseelauf im Team Regine Sauter gelaufen und vieles mehr: Das bedeutet mir viel und das zeigt, dass unsere Partei lebendig ist. Ich werde die vielen Begegnungen und die riesige Unterstützung auf meinem weiteren Weg mitnehmen und sehr positiv in Erinnerung behalten.

Denn der Einsatz hat sich auch gelohnt. Mit einem sehr guten Resultat wurde ich wieder in den Nationalrat gewählt, und erfreulich ist auch, dass zu später Stunde am Wahlsonntag klar wurde, dass wir den fünften Sitz halten konnten. Bettina



Regine Sauter

Balmer gratuliere ich herzlich zum Einzug in den Nationalrat!

Persönlich freue ich mich nun darauf, die neue Legislatur im Nationalrat in Angriff zu nehmen. Die Herausforderungen sind gross. Um nur einige zu nennen: Die Altersvorsorge gilt es zu sichern, die Energiesicherheit muss gewährleistet werden, im Gesundheitswesen braucht es mehr Effizienz und weniger Staat, in der Klimapolitik ist auf Innovationen zu setzen, das Verhältnis zur EU muss stabilisiert werden, und es gilt zu festigen, dass der Flughafen Zürich sich als stabiles Drehkreuz, als unser Tor zur Welt entwickeln kann. Diese Themen müssen wir mit einem liberalen Kompass angehen, auch wenn solche Lösungen anstrengender sind, als nur Nein zu sagen.

Ich trage gerne meinen Teil bei, dass wir den frischen Wind, den ich im Wahlkampf gespürt habe, mitnehmen und stärken können. Wir haben klare Positionen, erfahrene Vertreterinnen und Vertreter auf allen Stufen, ambitionierte Talente. Und: Liberal sein ist eine Lebenshaltung und keine Modeerscheinung. Darauf können wir bauen, das ist eine gute Basis, um die Zukunft anzupacken. Das ist eine gute Basis für ein Wiedererstarken der FDP.

Regine Sauter, Nationalrätin



Nur ein Beispiel, wie wir gemeinsam im Wahlkampf unterwegs waren, alle hoch motiviert für die liberale Sache.

Kein Waterloo, aber Verbesserungspotenzial klar vorhanden

Für die FDP Kanton Zürich sind die National- und Ständeratswahlen 2023 enttäuschend verlaufen. Zwar ist das Engagement der Kandidatinnen und Kandidaten gross und von Leidenschaft geprägt gewesen. Die Präsenz mit Plakaten, im Social-Media-Bereich und in den Printmedien war gross. Die Kandidierenden waren gut sichtbar. Positiv ist ebenfalls, dass die Kantonalpartei unverändert eine Deputation von zwei Frauen und drei Männern in den Nationalrat entsenden kann. Und zu guter Letzt wird die FDP 2027 wie 2019 und zuvor wiederum vom Platz 3 und mit Listennummer 3 nach SVP und SP in die Gesamterneuerungswahlen auf Bundesebene starten. Die Grünen und Grünliberalen hat die FDP hinter sich gelassen. Herzlichen Dank an alle Kandidatinnen und Kandidaten, Helferinnen und Helfer und Präsidien, Vorstände und Mitglieder der Bezirks- und Ortsparteien für das grosse Engagement.

Zusätzliche Stimmen, wie sie die FDP im Kantonsratswahlkampf Anfang 2023 gewann, konnten dieses Mal nicht erzielt werden. Im Gegenteil, die FDP hat im Vergleich zu 2019 rund 2000 Wählerinnen und Wähler verloren und einen Wähleranteil von 12,5%, 1,2% weniger als 2019, erreicht.

Den Ausschlag für dieses enttäuschende Resultat mag die Themenlage gegeben haben. Migration und Ausländer haben den Wahlkampf dominiert und national der SVP Auftrieb gegeben. Zukunftsgerichtete Themen wie Altersvorsorge, Energiepolitik, Sicherheit und das Verhältnis zu Europa spielten bei der Stimmabgabe eine untergeordnete Rolle, obwohl im Vorfeld der Wahlen die Bevölkerung diesen Themen eine grosse Bedeutung zugemessen hat.

Einmal mehr stammen alle Gewählten inklusive Ersatzperson aus der Stadt Zürich oder den umliegenden Gemeinden. Die Kantonalpartei muss aber in allen Regionen des Kantons Präsenz markieren und ihr Stimmenpotenzial ausschöpfen können. Mit Blick auf 2027 muss die Diskussion geführt werden, ob – wie bereits früher – die Kantonalpartei mit zwei Listen, einer Stadt- und einer Landliste, antreten soll. Wichtiger als die Listenarithmetik aber ist die Themenarbeit. Die FDP muss sich in den kommenden Jahren primär um jene Themen kümmern, die der Bevölkerung unter den Nägeln brennt, und dafür attraktive Lösungen anbieten können. Handlungsbedarf gibt es genug. So können auch die Wähleranteile wieder ausgebaut werden.

Besonders schmerzlich ist der Verlust des Ständeratssitzes. Regine Sauter erzielte im ersten Wahlgang mit rund 121 000 Stimmen zwar ein respektab-



Dieter Kläy

les Resultat und das drittbeste Resultat aller 11 Kandidierenden. Doch der Abstand zum Kandidaten der SVP, Gregor Rutz, betrug fast 35 000 Stimmen. Dies, obwohl FDP und SVP je beide Kandidaten zur Wahl empfohlen hatten. Die FDP Kanton Zürich hält sich an die Abmachung und empfiehlt für den zweiten Wahlgang vom 19. November 2023 Gregor Rutz (SVP) in den Ständerat.

Dieter Kläy, Vizepräsident FDP Kanton Zürich

Rückblick auf die Wahlen aus Sicht der Jungfreisinnigen

Die Jungfreisinnigen des Kantons Zürich blicken auf einen intensiven Wahlkampf zurück, dessen Resultat leider nicht zufriedenstellend ausfällt. Woche für Woche war der Jungfreisinn auf der Strasse anzutreffen und versuchte, mit 20 kantonalen Wahlkampfaktionen und einer Social-Media-Kampagne auf Instagram und TikTok zu mobilisieren. Daraus resultierte schlussendlich ein Wähleranteil von 0,25% (40 370 Stimmen).

Es gilt nichts schönzureden und der rückläufige Wähleranteil sowohl bei den Jungfreisinnigen als auch bei der FDP muss zu denken geben. Der Wirtschaftsstandort Zürich braucht eine starke liberale Vertretung in den Parlamenten und wir tun gut daran, die Wahlen genau zu analysieren.

Umso erfreulicher für uns Jungfreisinnigen, dass Andri Silberschmidt ein Spitzenresultat erzielte und Matthias Müller sich den ersten FDP-Ersatzplatz holte. An dieser Stelle herzliche Gratulation den beiden und allen Wiedergewählten sowie

speziell an Bettina Balmer als neu gewählte Nationalrätin.

Als Wahlkampfleiter der Jungfreisinnigen Kanton Zürich möchte ich mich im Namen der Findungs- und Wahlkampfkommission nochmals bei allen Kandidierenden und Jungfreisinnigen für das entgegengebrachte Vertrauen sowie ihr Engagement bedanken.

Nun gilt es, die richtigen Schlüsse aus diesem Wahlkampf zu ziehen, wieder aufzustehen und nach vorne zu blicken. Gestärkt mit vielen Neumitgliedern (ein weiteres positives Fazit aus den Monaten des Wahlkampfes) sehen wir der anstehenden Abstimmung über die Renteninitiative am 3. März 2024 entgegen. Mit dieser wartet bereits die nächste Aufgabe auf uns – packen wir sie an!

Fabrice Fuchs, Wahlkampfleiter Jungfreisinnige Kanton Zürich



Wahlanalyse der FDP Frauen Kanton Zürich zu den National- und Ständeratswahlen 2023

Der grosse Einsatz der FDP Frauen Kanton Zürich bei den Nationalratswahlen 2023 hat sich gelohnt: Wir haben weiterhin fünf FDP-Sitze in Bern, zwei davon sind in FDP-Frauenhand. Regine Sauter wird als erfahrene Nationalrätin zusammen mit unserer neu gewählten Nationalrätin und Co-Präsidentin Bettina Balmer die Frauen aus Zürich vertreten.

Als Ständeratskandidatin hat Regine Sauter enormen Einsatz geleistet, hervorragend gekämpft und doch hat am Schluss die Analyse ihres guten Wahlresultates ergeben, dass Sie nicht mehr für den 2. Wahlgang als Ständerätin antreten möchte, um die Möglichkeit zu schaffen, den 2. Ständeratsitz in bürgerlicher Hand zu halten. Sie ist ein Vorbild für uns FDP-Frauen und hat gezeigt, wie viel Einsatz nötig ist, damit Frauen politisch ans Ziel kommen.

In der neuen Legislatur 2023–2027 des Nationalrats gibt es 78 Frauen von total 200 Mitgliedern. Nach der Frauenwahl von 2019 ist der Anteil Frauen im neuen Parlament in Bern leider gesunken (38,5% statt 42%). Das ist die falsche Richtung: Die Frauenorganisationen müssen über die Bücher und den Abwärtstrend stoppen. Immerhin konnte die FDP-Fraktion im Bundeshaus ihren Frauenanteil auf 43% Frauen (+ 8,4%) ausbauen.



Die FDP Frauenvertretung in Bern für die Legislaturperiode 2024 bis 2027, v. l.: Bettina Balmer und Regine Sauter.

Auch auf kantonaler Ebene zeigt die Analyse der Wahlresultate aller Frauen, dass Handlungsbedarf besteht. Wir müssen die Nachwuchsförderung vorantreiben. Es braucht Netzwerke und politisches Know-how, wir müssen eigene Themen aktiv besetzen und Frauen auf den Wahllisten auf aussichtsreiche Plätze setzen. Umso mehr freut es uns, dass

wir mit Raffaella Fehr, Nadine Jürgensen und Martina Dürr Frauen auf der Liste hatten, die zum Teil deutlich besser abschnitten, als sie auf der Liste platziert wurden.

Bettina Balmer, Co-Präsidentin FDP Frauen Kanton Zürich

Mehr Wohnungen durch mehr Markt

Immer wieder hören wir, es herrsche Wohnungsnot in Zürich. Und die wenigen Wohnungen, die es gibt, seien zu teuer. Es werden die immergleichen Forderungen laut – mehr staatliche Eingriffe, mehr Regulierung. Zeit, der Sache auf den Grund zu gehen. Die nüchterne Analyse in unserem Zürcher Wirtschaftsmonitoring zeigt, dass die Mieten im Kanton Zürich seit 2005 zwar durchschnittlich um 12% gestiegen sind. Gleichzeitig sind die Durchschnittseinkommen aber um 18% gewachsen. Das heisst: Die Zürcherinnen und Zürcher müssen heute nicht mehr ihres Einkommens für die Miete aufwenden als 2005. De facto ist der Anteil, der für die Mieten budgetiert wird, über alle Einkommensklassen hinweg mit rund 22% des Haushaltsbudgets konstant geblieben.

Dennoch besteht Handlungsbedarf. Der Kanton Zürich wächst – weil er erfolgreich ist. Und das Angebot kann der Nachfrage nicht standhalten. Warum? Weil sich das Investieren immer weniger lohnt: Lange Verfahren, zunehmende Rechtsunsicherheit, immer mehr preistreibende Auflagen – die Regulierungen nehmen am Laufmeter zu. Um die Zersiedelung zu stoppen, ist verdichtetes Bauen

das Gebot der Stunde. Aber es ist zu kompliziert – vor allem in den Städten! Wichtige Bauprojekte werden durch Einsprachen verzögert oder gar verhindert. Die Dauer für Bewilligungsverfahren im Kanton Zürich hat sich seit 2010 beinahe verdoppelt. Auch der Zinsanstieg sowie die Inflation und der Fachkräftemangel schmälern die Rentabilität von Neubauprojekten.

Die Beschleunigung des Bau- und Bewilligungsprozesses sowie Verbesserungen der regulatorischen Rahmenbedingungen z. B. beim Lärmschutz würden helfen, das Angebot zu erhöhen und die Wohnungsknappheit zu lindern. Entsprechend begrüsse ich die vom Bundesrat und der Umweltkommission des Ständerates eingeschlagene Richtung, die Vorschriften in lärmexponierten Gebieten zu lockern. Denn mit heutigen Technologien ist es durchaus möglich, auch an lärmbelasteten Lagen attraktiven Wohnraum zu schaffen. Und wieso nicht auch verstärkt in die Höhe bauen? Gemäss einer Studie könnte man schweizweit mit Anbauten und Aufstockungen gemäss heutigem Gesetz bis zu einer Million Wohneinheiten schaffen.



Carmen Walker Späh

Um es auf den Punkt zu bringen: Das beste Mittel für zusätzlichen Wohnungsbau ist es, aufzuhören, dem Markt die Lust am Investieren zu nehmen. Mehr Wohnungen gibt es vor allem durch mehr Markt.

Carmen Walker Späh, Volkswirtschaftsdirektorin

Uferinitiative: Unverhältnismässig teuer und schädlich für die Natur

Am 3. März 2024 wird die Zürcher Stimmbevölkerung über die schädliche Uferinitiative abstimmen. Regierungsrat und Kantonsrat lehnen die Initiative ab. Doch das Vorhaben geniesst in weiten Teilen der Bevölkerung grosse Sympathien und erfordert unser Engagement im Abstimmungskampf.

Im Fokus steht der Zürichsee. Seine Ufer werden bereits heute stark beansprucht, der Dichtestress nimmt zu. Ein durchgehender Uferweg, wie ihn die Uferinitiative fordert, gefährdet wertvolle, bestehende Lebensräume von Tier- und Pflanzenwelt. Zwar behaupten die Befürworter der Initiative, gleichzeitig mit der Realisierung des Uferwegs die Ökologie am See aufzuwerten. Doch das ist ein eklatanter Widerspruch zum zu erwartenden grossen Aufkommen auf dem Uferweg.

Eine halbe Milliarde für 12,6 km Uferweg

Für die Umsetzung des durchgehenden Uferwegs um den Zürichsee rechnet der Regierungsrat mit Kosten von bis zu einer halben Milliarde Franken. Da rund die Hälfte des Seeuferwegs (26 km) bereits gebaut ist und der Uferweg auf weiteren 12,4 km auf dem Trottoir entlang der Seestrasse verläuft, be-

stehen lediglich auf 12,6 km noch Lücken. Rechnet man die Kosten auf den fehlenden Wegabschnitt herunter, ergibt dies rund 40 000 Franken pro Wegmeter – negativer Weltrekord. Das ist völlig unverhältnismässig!

Nein zu Enteignungen

Die Umsetzung eines durchgehenden Uferwegs würde zwangsweise zu Enteignungen führen und damit einen Grundpfeiler unserer freien demokratischen Gesellschaft verletzen. In der Bundesverfassung steht geschrieben: «Das Eigentum ist gewährleistet.»

Mit der Uferinitiative würde ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen und der eigentumsfeindlichen linken Ideologie Aufwind verliehen. Enteignungen müssen immer die Ultima Ratio bleiben.

Aus diesen Gründen lehne ich die Uferinitiative entschieden ab und engagiere mich in der überparteilichen Allianz gegen die Uferinitiative. Im Kantonsrat ist uns ein Erfolg gelungen – dank einem bürgerlichen Schulterschluss und etlichen Nein-Stimmen aus der GLP. Im Abstimmungskampf werden wir aber gefordert sein. Werden auch Sie



Sonja Rueff-Frenkel

Mitglied des Komitees und helfen Sie mit, dass die Uferinitiative von der Zürcher Stimmbevölkerung abgelehnt wird.

Jetzt beitreten: nein-uferinitiative.ch/komitee.

Sonja Rueff-Frenkel, Kantonsrätin



Jetzt QR-Code scannen
und Komitee beitreten.

Ja zu den Pistenverlängerungen am Flughafen Zürich

Am 3. März 2024 wird die Zürcher Bevölkerung über die Verlängerungen der Pisten 28 und 32 am Flughafen Zürich abstimmen. Die FDP Fraktion hatte die Vorlage für Verlängerung der beiden Pisten während der Beratungen in der KEVU eng begleitet und sich Ende August 2023 wie die Mehrheit des Kantonsrats für eine Zustimmung ausgesprochen. Hintergrund der Pistenverlängerung ist eine Sicherheitsüberprüfung des Bundes 2012. In der Zwischenzeit hat die Flughafen Zürich AG mehrere Massnahmen umgesetzt, doch die Problemstellung mit sich kreuzenden Pisten und Flugrouten, und der häufige Wechsel zwischen Betriebskonzepten kann am effektivsten mit Verlängerungen der Pisten 28 und 32 angegangen werden.

Dank der Verlängerungen kann die Sicherheitsmarge erhöht werden, indem auf der Piste 28 Richtung Rümlang mehr Bremsweg geschaffen wird. Zudem kommt es durch die Verlängerung der Piste 32 Richtung Bülach zu kürzeren Rollwegen und weniger Pistenkreuzungen. Die Pistenverlängerungen führen auch zu einer Stabilisierung des Flugbetriebs auf einem seit den 1970er-Jahren unveränderten Pistenystem. Mit der Verlängerung werden die Pisten mehrheitlich für alle Flugzeugtypen einsetzbar. Längere Pisten ermöglichen ein effizienteres Umsetzen der verschiedenen Flugbetriebs-

systeme, die darauf abzielen, die Flugemissionen flächenmässig zu verteilen.

Neben diesem betriebstechnischen Korsett sind vor allem die Wetter- und Windverhältnisse am Flughafen Zürich aufwendig. Sie forcieren die Betriebsverantwortlichen zu Flugbetriebsumstellungen mit unterschiedlichen Stundenkapazitäten, was zu Verspätungen führt. Die Pistenverlängerungen wirken stabilisierend, indem mehr Verlässlichkeit bei allen Wetterlagen erzielt wird und damit weniger Verspätungen anfallen. Dies führt folgerichtig im Tagesverlauf zu weniger Verspätungen, die in der dafür reservierten Abendstunde abgebaut werden müssen. Dank der Optimierung erhält die Bevölkerung bessere Gewähr für die Einhaltung der Nachtruheverordnung. Zwischen Pistenlänge und Anzahl der Flugbewegungen gibt es keinen Zusammenhang und auch mit verlängerten Pisten können weder Lande- noch Startkapazitäten ausgebaut werden.

Für den Flughafen Zürich ist die geplante Weiterentwicklung der Infrastruktur essenziell. Die geplanten Pistenverlängerungen führen zu einer besseren Einhaltung des Flugplans und mehr Stabilität des Flugbetriebs, sie erhöhen die Sicherheitsmarge und erlauben die Erfüllung neuester internationaler Sicherheitsauflagen. Das braucht es,



Barbara Franzen

um den Flugbetrieb am Flughafen Zürich langfristig abzusichern.

Für die Kantonsratsfraktion der Delegierten der FDP sind die Pistenverlängerungen der logische Vollzug der Sicherheitsauflagen durch die Bundesbehörden und sie anerkennen die grosse Bedeutung des Flughafens Zürich für den Wirtschaftsstandort Zürich, ja für die Wettbewerbsfähigkeit der ganzen Schweiz. Sie empfehlen überzeugt, der Vorlage zur Verlängerung der Pisten am Flughafen Zürich am 3. März zuzustimmen.

Barbara Franzen, Kantonsrätin

Weiterdenken – mit Mut und Willen

Der ernüchternde Ausgang der National- und Ständeratswahlen sitzt nach wie vor tief. Den Kopf in den Sand stecken ist aber keine Option. Viel zu gross sind die bevorstehenden Herausforderungen, die nur mit liberalen Rezepten zu meistern sind. Wie schaffen wir das? Bestimmt nicht, indem wir uns auf Lorbeeren des 19. Jahrhunderts ausruhen, sondern indem wir liberale Politik auch für die Zukunft machen und uns aber gleichzeitig unserer Rolle heute bewusst sind. Zeiten ändern sich.

Die Stadtpartei zelebriert die Gründung der Partei jährlich im Zunfthaus zur Saffran und es ist uns bewusst, dass wir zwar diesen Staat gegründet haben, aber nicht für deren Auswüchse verantwortlich gemacht werden können. So haben wir eine klare parlamentarische Oppositionsrolle, die wir auch aktiv einsetzen; ob bei der gescheiterten Wohnbaupolitik oder im verkehrspolitischen Chaos in unserer Stadt. Gleichzeitig präsentieren wir uns als politische Alternative, die unserer Stadt und insbesondere den Bürgerinnen und Bürgern in

unserer Stadt ein höheres Mass an Vertrauen entgegenbringt als die derzeitige rot-grüne Politik. Wir setzen uns für individuelle Freiheiten zur persönlichen Entfaltung ein und lehnen jegliche Bevormundung in Bezug auf Ernährung, Sprache oder Kleidung ab. Keine einseitige und ideologisch getriebene Verkehrspolitik, sondern ein Miteinander auf Basis des öffentlichen Verkehrs. Keine zusätzlichen Subventionen von Wohnungen für das eigene Klientel, sondern neuer Wohnraum durch Verdichtung für alle Menschen.

Aber auch unsere traditionelle Rolle – um diesen historischen Kontext nochmals aufzuwerfen – wurde immer schon als liberales Original definiert. Der Kampf bleibt derselbe: Wir setzen uns weiterhin für eine fortschrittliche und freiheitliche Schweiz ein, während wir uns gegen sozialistische Verbots- und Umverteilungspolitik auf der einen Seite und konservative Abschottungspolitik auf der anderen Seite aussprechen. Die Schweiz ist das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Wir Frei-



Përparim Avdili

sinnige stehen wie niemand anders in der Verantwortung, auch den nächsten Generationen diese Möglichkeiten zu schaffen. Konzentrieren wir uns auf unsere liberale Familie, statt uns auf fremde Hochzeiten zu verirren. Wir sind die einzige Partei, die sich immer für individuelle Freiheiten eingesetzt und für zukünftige Generationen Verantwortung übernommen hat.

Përparim Avdili, Präsident FDP Stadt Zürich

Ein Generationenwechsel in der FDP Winterthur

Nicht nur in Bern fand ein Amtswechsel statt, auch in der FDP Winterthur kam es dazu. Der amtierende Präsident Dieter Kläy tritt zurück und gibt die Verantwortung an den Stadtparlamentarier Raphael Tobler weiter.

«Nach den kommunalen, kantonalen und nationalen Wahlen ist der richtige Zeitpunkt gekommen, den Stab weiterzugeben und die Vorbereitungen für die Wahlen 2026 neuen Kräften zu überlassen», so Dieter Kläy. Der Parteipräsident tritt nach 20 Jahren Amtszeit zurück. Während seiner Präsidentschaft war er zuerst Mitglied im Grossen Gemeinderat Winterthur, 2003/2004 Gemeinderatspräsident, und ab 2003 Mitglied im Kantonsrat. Unter Dieter Kläys Führung konnte die FDP Winterthur ihre Wählerbasis stabilisieren, seit 2018 wieder erweitern und die Anzahl Sitze im Stadtparlament 2018 und 2022 um je einen erhöhen. Zudem verzeichnete die FDP Winterthur unter Kläys Führung einen Zuwachs an vielen neuen und jungen Mitgliedern. Die FDP Winterthur bedankt sich herzlich bei Dieter Kläy für sein langjähriges und intensives Engagement und wünscht ihm weiterhin viel Erfolg beim Politisieren im Kantonsrat und im Vorstand der Kantonalpartei.

Auch Thierry Burkhard bedankt sich für die Zusammenarbeit mit Dieter Kläy und für die Erfolge, die er in der Stadt Winterthur hervorgebracht hat: «Dieter Kläy ist ein absoluter Leistungsträger und



V. l.: Dieter Kläy, abtretender Präsident FDP Winterthur, Elektra Langerweger, Geschäftsführerin FDP Winterthur, und Raphael Tobler, neuer Präsident FDP Winterthur.

hat Winterthur geprägt: im Vordergrund und vor allem als einer der stillen Schaffer im Hintergrund. Dafür gebührt ihm höchster Dank.»

Eine Findungskommission hat mit potenziellen Kandidatinnen und Kandidaten Gespräche geführt und schlug Raphael Tobler als Nachfolger vor, was vom Vorstand unterstützt wurde. An der Parteiversammlung vom 24. Oktober wurde Raphael Tobler von der Mitgliederversammlung einstimmig gewählt. Auch der Parteivorstand wurde per Ende Oktober mit neuen und jungen Kräften ergänzt, darunter Stadtparlamentarierin Gioia Porlezza, Cristina Mancuso, Präsidentin der FDP Frauen Winterthur, und Patrick Eugster, Präsident des Vereins Renteninitiative.

Als junger, innovativer Start-up-Unternehmer sitzt Tobler seit Mai 2022 im Stadtparlament Winterthur. In seinem neuen Amt als Parteipräsident ist es ihm ein Anliegen, den Mitgliederstamm der FDP Winterthur zu stärken. Tobler sieht die Verjüngung der Parteibasis als eine Chance, die liberalen, freiheitlichen Ansätze der Partei wieder mehr einzubringen und noch mehr Leute mit den Anliegen der FDP zu überzeugen. Die FDP Winterthur wünscht dem neuen Präsidenten und seinem Vorstand viel Erfolg und gutes Gelingen!

Elektra Langerweger, Geschäftsführerin FDP Winterthur

Aus der Fraktion

Wegen Verlusten der Linken verschoben sich die Kräfteverhältnisse im Kantonsrat zugunsten der Bürgerlichen. Nach vier Jahren linkem «Durchbo-
 xen» von grünen Umverteilungsvorlagen ist das seit Mai neu zusammengesetzte Parlament wieder auf grosse Kompromisse angewiesen.

Die linken Parteien machten aber auf Funda-
 mentalopposition, wohl auch vor dem Hintergrund der National- und Ständeratswahlen. In dieser Situa-
 tion kommt der FDP ein besonderes Gewicht zu. Wir sind die Partei, die massgeblich wegwei-
 sende Kompromisse erreichen kann. Ich bin daher stolz, dass wir mit unserer Erklärung im Kantons-
 rat, hinter der alle Parteien standen, den Terroran-
 griff der Hamas auf Israel und die jüdische Glau-
 bensgemeinschaft scharf verurteilen konnten.

Knappe bürgerliche Entscheide gab es bereits bei drei wichtigen Vorlagen, nämlich der Ableh-
 nung des Ausländerstimmrechts auf Gemeinde-
 ebene, der Ablehnung eines durchgehenden See-
 uferwegs und der Annahme der Pistenverlängerun-
 gen des Flughafens Zürich. Bei der Vorlage Pisten-
 verlängerungen haben wir ein Novum in der zür-
 cherischen Politik erlebt: das Filibustern, die Tak-

tik der Minderheit, mit Dauerreden eine Beschluss-
 fassung durch die Mehrheit zu verzögern. Ganze
 30 Votanten waren noch auf der Rednerliste, als
 wir die erste Diskussion zur Pistenverlängerung
 aus Zeitmangel abbrechen mussten. Zum Glück
 haben die Linken gemerkt, dass man mit Filibus-
 tern keine Mehrheiten ändern kann, und sie haben
 im September ihre Taktik bei der Fortsetzung der
 Beratung geändert.

Nach den Nationalratswahlen – ganz herzliche
 Gratulation zur Wahl, liebe Bettina Balmer – hof-
 fen wir, dass sich der Kantonsrat wieder auf seine
 Arbeit konzentriert. Unsere Fraktion ist dabei
 darauf angewiesen, dass wir in der FDP alle am
 gleichen Strick ziehen. Wir tragen Meinungsver-
 schiedenheiten hart, aber fair aus, wenn eine Posi-
 tion in der Partei keine Mehrheit findet, akzeptie-
 ren wir den Entscheid und kritisieren diesen nicht
 öffentlich. Wir erinnern uns: Die politische Kon-
 kurrenz sitzt ausserhalb, nicht innerhalb der FDP!

Ich bin überzeugt, dass wir mit liberalen, zu-
 kunftsorientierten und tragfähigen Lösungen
 wichtige Themen wieder besetzen und damit den
 Abwärtstrend stoppen können. Die Fraktion ist die



André Müller

Speerspitze dieses Vorhabens und wir freuen uns
 auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Parteiprä-
 sidium. Wir haben bei den National- und Stände-
 ratswahlen eine Niederlage erlitten. Wenn wir aus
 unseren Fehlern lernen und wieder gemeinsam für
 unsere liberalen Werte eintreten, werden wir bei
 den nächsten Wahlen wieder siegen. Ich bin dabei,
 ich hoffe, Sie alle auch!

André Müller, Fraktionspräsident

AGENDA

21. November: a. o. Delegiertenversammlung

1. Dezember: Jahresschlussessen für Chargierte

20. Januar: Nationale Delegiertenversammlung
 (im Kanton Zug)

23. Januar: a. o. Delegiertenversammlung

Die Details zu unseren Veranstaltungen finden
 Sie auf unserer Website www.fdp-zh.ch.



Ständeratswahlen: 2. Wahlgang vom 19. November

Es geht um die Wurst – es geht um den Standort Zürich!

grünliberale SP GRÜNE AL



Dafür stehen die GLP und ihre Verbündeten

- ▶ Schwächung von Wirtschaft und Gewerbe
- ▶ Nein zum Ausbau der Infrastruktur
- ▶ Für eine Verstaatlichung des Immobilienmarkts
- ▶ Auflagen und Regulierung für die Landwirtschaft
- ▶ GLP, SP und Grüne sind EU-Turbos

Dafür steht Gregor Rutz

- ▶ Für einen attraktiven Wirtschafts- und Werkplatz
- ▶ Für fließenden Verkehr und gegen Staus
- ▶ Für zahlbare Wohnungen und weniger Bürokratie
- ▶ Für eine produzierende Landwirtschaft
- ▶ Für einen konkurrenzfähigen Standort Zürich

Wer will, dass der Standort Zürich kompetent und stark vertreten ist, wählt Gregor Rutz in den Ständerat! Bitte gehen Sie am 19. November an die Urnen – jede Stimme zählt!



Im Gespräch mit ... Doris Fiala und Ruedi Noser

Fragen rund um ihre Erfahrungen im National- und Ständerat:

Eure Amtszeit findet mit dem Abschluss der 51. Legislaturperiode unseres nationalen Parlaments ihr Ende.

Doris, du warst 16 Jahre im Nationalrat. Ruedi, du warst 12 Jahre im Nationalrat und danach weitere 8 Jahre im Ständerat. Wie fühlt ihr euch, da ihr nun eure fast zweite Heimat in Bern verlasst?

Doris: Nach 16 Jahren Nationalrat nehme ich nur die guten Erinnerungen mit auf meinen Lebensweg. Die FDP bleibt meine Gesinnungsheimat! Freundschaften über Parteigrenzen hinweg tragen. Dass wir den 5. Sitz behalten konnten und nun mit Dr. med. Bettina Balmer eine erfahrene Politikerin und engagierte Frau meinen Platz einnehmen wird, ist toll. Man muss wissen, wann man mit Herzblut kämpfen soll, und auch, wann es Zeit ist, Platz zu machen.

Ruedi: Ja, nach 20 Jahren Bern, ist Bern ein Teil der Heimat geworden. Aber ich war mein ganzes Leben immer auf Wanderschaft und bin es mir gewohnt, immer neue Heimaten zu erarbeiten. Das hält das Leben spannend.

Werdet ihr euch weiterhin in irgendeiner Form politisch engagieren, oder seht ihr dem Ende der öffentlichen Debatten entgegen?

Doris: Meine Tätigkeit im Bereich des Risikomanagements für Unternehmen beinhaltet indirekt auch politische Aktivitäten: Engagement für Good Governance von Unternehmen, Cyber Security über die Schweizer Grenze hinaus sind sehr politisch. Es handelt sich dabei jedoch mehr um Fachwissen im Hintergrund.

Ruedi: Nein, ich hoffe nicht.

Welche Lebensweisheiten würdet ihr jungen Politikern mitgeben, die euch um Rat fragen?

Doris: «NEVER GIVE UP» lautet mein Lebensmotto!

Ruedi: Im Bundeshaus kann man schnell die Bodenhaftung verlieren. Alle möchten etwas von einem, und alle sind immer sehr nett und voll des Lobes. Man darf das nicht als bare Münze nehmen. Darum braucht es einen klaren Wertekompass, den man in sich selbst trägt.

Welche Themen sollten aus eurer Sicht in der politischen Diskussion weiterverfolgt werden?

Doris: Globale Risiken, allen voran: Zuwanderung, Klimawandel und Cybercrime. Die Schweiz ist keine Insel und Wohlstand keine Selbstverständlichkeit. Alles hat seinen Preis!

Ruedi: Da gibt es viele. Aber ich persönlich denke, die Sicherheit der Menschen und des Landes muss eine höhere Priorität bekommen.

Was werdet ihr als Nationalrätin und Ständerat am meisten vermissen?

Doris: Die politischen Auseinandersetzungen und Freundschaften sowie Verbündete über alle Parteigrenzen hinweg.

Ruedi: Die Kollegen. Viele davon sind Freunde geworden. Auch wenn man das nach aussen nicht so sieht. Man hat über die Parteigrenzen hinaus beste Beziehungen und viele Freundschaften geknüpft.

Wir danken euch für das Interview und den Einblick!



Steckbriefe:

Doris Fiala ist Mutter von drei erwachsenen Kindern, glückliche Ama (wie sie ihre zwei Enkelkinder nennen) und freut sich auf mehr Privatleben. Das grosse Interesse für das Zeitgeschehen, die Pflege von Freundschaften, Kochen für Gäste verbinden ihren Lebenspartner und sie weiterhin, nebst ihrer geliebten Wahlheimat Samedan, die Bergwelt im Engadin und das Wandern auch in seinem Heimatkanton, dem Wallis. Als Präsidentin von ProCinema (Verband der Kinobesitzer und Verleiher) behalten auch die Filme im Kino einen grossen Stellenwert in ihrem Leben. Als neu gewählte Verwaltungsrätin des Opernhauses erfuhr ihre Freude an Musik und Oper eine zusätzliche Dimension. Letzteren beiden Mandate sind zwar beruflich, entsprechen jedoch auch ihren Freizeitinteressen.

Ruedi Noser ist Alleinaktionär und Mitglied des Verwaltungsrates der Noser Management AG, der Muttergesellschaft der Unternehmen der Noser Group. Der 1961 im Kanton Glarus geborene Unternehmer wurde 2003 als Nationalrat in das schweizerische Parlament gewählt. Zwischen 2015 und 2023 vertrat er im Ständerat den Kanton Zürich und zwischen 1999 und 2009 war er Mitglied der Geschäftsleitung und von 2003 bis 2009 Vizepräsident der FDP Schweiz.

Nationalrat



Damien Cottier, NE



Cyril Aellen, GE



Bettina Balmer, ZH



Simone de Montmollin, GE



Jacqueline de Quattro, VD



Marcel Dobler, SG



Alex Farinelli, TI



Olivier Feller, VD



Anna Giacometti, GR



Simone Gianini, TI



Nadine Gobet, FR



Matthias Jauslin, AG



Simon Michel, SO



Philippe Nantermod, VS



Hans-Peter Portmann, ZH



Maja Riniker, AG



Daniel Ruch, VD



Regine Sauter, ZH



Peter Schilliger, LU



Daniela Schneeberger, BL



Andri Silberschmidt, ZH



Heinz Theiler, SZ



Kristiane Vietze, TG



Susanne Vincenz-Stauffacher, SG



Patricia von Falkenstein, LDP BS



Beat Walti, ZH



Christian Wasserfallen, BE



Laurent Wehrli, VD

Bereit für die neue Legislatur

Übersicht der neuen FDP-Liberalen Fraktion

Am 4. Dezember beginnt die neue Legislatur. In der Altersvorsorge, in der Finanzpolitik und in der Energiepolitik warten grosse Herausforderungen auf das Parlament. Die erneuerte FDP-Liberale Fraktion ist bereit, diese Herausforderungen anzugehen und liberalen Lösungen zum Erfolg zu verhelfen.

Ständerat



Thierry Burkart, AG



Pascal Broulis, VD



Andrea Caroni, AR



Josef Dittli, UR



Johanna Gapany, FR



Petra Gössi, SZ



Matthias Michel, ZG



Benjamin Mühlemann, GL



Damian Müller, LU



Martin Schmid, GR



Hans Wicki, NW

Die FDP-Liberale Fraktion konnte im Nationalrat verschiedene Erfolge feiern. Fotos: Parlamentsdienste



Trotz Krisen machen wir die Schweiz stark

FDP-Legislaturbilanz 2019–2023

Die vergangene Legislatur war durch verschiedene Krisen geprägt: die Covidpandemie, der Ukraine-Krieg, der Untergang der Credit Suisse. Trotz dieser turbulenten Zeiten gelangen der FDP-Liberalen Fraktion verschiedene Erfolge.

Wirtschaft

Aufhebung der Industriezölle

Ein zentraler Erfolg gelang in der Herbstsession 2021 mit der Aufhebung der Industriezölle und der Vereinfachung der Zolltarifstruktur. Zur grossen Freude der FDP und des Wirtschaftsstandorts Schweiz wurde in der Beratung auf eine Staffelung der Abschaffung verzichtet. Die beschlossene komplette Aufhebung der Industriezölle entlastet den Arbeitsplatz und wird die Kosten für Konsumenten und für Branchen, welche auf Importe solcher Produkte angewiesen sind, senken. Nicht nur Zollkosten, sondern auch administrative Kosten fallen weg. Gerade in Zeiten der Coronakrise war die Aufhebung der Industriezölle ein einfaches und unbürokratisches Mittel, um die Wirtschaft zu stärken. Das hartnäckige Engagement der FDP bei dieser Vorlage zahlte sich aus, und eine langjährige Forderung der FDP konnte erfüllt werden (ein Referendum wurde nicht ergriffen).

Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital

Bereits 2009 hat die FDP-Liberale Fraktion eine

parlamentarische Initiative eingereicht, welche die schrittweise Abschaffung der wettbewerbsverzerrenden Stempelsteuern forderte. Nachdem die Vorlage in mehrere Entwürfe aufgeteilt worden war, beschloss der Ständerat die Sistierung der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital. Nach rund sieben Jahren Sistierung und im Lichte der Coronakrise wurden die Arbeiten zur Abschaffung der Emissionsabgabe wieder aufgenommen. Die definitive Abschaffung in der Sommersession 2021 konnte in beiden Räten mit einer deutlichen Mehrheit erreicht werden, was als grossen Erfolg für die FDP zu werten ist. Die nachfolgende Volksabstimmung im Februar 2022 ging bedauerlicherweise verloren.

Abschaffung der Verrechnungssteuer

In der Wintersession 2021 konnte auch mit der längst überfälligen Reform der Verrechnungssteuer ein Erfolg verbucht werden. Sie geht auf eine langjährige Forderung der FDP zurück, die zum Ziel hat, die Wettbewerbsnachteile, welche sich die Schweiz mit dem aktuellen Verrechnungssteuersystem selbst schafft, zu beseitigen. Konkret

soll mit der Reform die Verrechnungssteuer auf inländischen Zinserträgen weitgehend abgeschafft und die Umsatzabgabe auf Schweizer Obligationen aufgehoben werden. Damit soll es beispielsweise attraktiver werden, in der Schweiz Obligationen zu emittieren. Da die Abstimmung leider knapp verloren ging, braucht es andere Massnahmen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu stärken.

Umsetzung der OECD-Mindeststeuer

In der Wintersession 2022 haben die beiden Räte in der Schlussabstimmung die Vorlage zur Umsetzung der OECD-Mindeststeuer verabschiedet. Die Nein-Stimmen im Nationalrat kamen dabei von den Ratslinken (im Ständerat kam die Vorlage fast einstimmig durch). Obschon die Linke stets für eine höhere Besteuerung von Grossunternehmen plädiert, empfanden sie die Vorlage als ungerecht und stiessen sich insbesondere am Verteilerschlüssel der Ergänzungssteuereinnahmen zwischen Bund und Kantonen von 25:75. Am 18. Juni 2023 stimmte das Volk in einer Volksabstimmung dem Projekt zu (78,5% Ja).

Sozialversicherungen/Gesellschaft

AHV 21

Nach vielen gescheiterten Versuchen und Reformen haben die Schweizerinnen und Schweizer am 25. September 2022 eine Reform der AHV angenommen. Die FDP spielte mit ihren konstruktiven Vorschlägen und ihrer Kompromissbereitschaft eine Schlüsselrolle in diesem Dossier und übernahm den Lead im Abstimmungskampf. Dank der AHV 21 erhält die AHV ein paar Jahre Zeit, doch eine nächste Reform ist unumgänglich. Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen bietet eine Lösung für nachhaltige finanzielle Stabilität der ersten Säule.

BVG-Reform

In der Frühlingssession 2023 hat das Parlament eine Reform der zweiten Säule (BVG) verabschiedet und diese dabei umfassend modernisiert. Die FDP hatte bereits während der Debatte über die Reform AHV 21 angekündigt, dass sie sich für eine BVG-Reform zugunsten der Frauen und der Geringverdiener einsetzen werde. Dieses Versprechen wurde nun eingelöst. Beide Kammern haben sich mit der Senkung der Eintrittsschwelle darauf geeinigt, künftig deutlich mehr Menschen einen Zugang zur zweiten Säule zu ermöglichen. All diejenigen, die bis anhin nicht versichert waren, werden nicht nur von besseren

Renten profitieren, sondern auch im Todesfall oder bei Invalidität abgesichert sein.

FDP gibt Impulse für ein digitalisiertes Gesundheitswesen

Künftig müssen Rezepte für Heilmittel grundsätzlich elektronisch ausgestellt und digital verschickt werden. Dies hat das Parlament auf Antrag unserer Nationalrätin Regine Sauter und gegen den Willen des Bundesrates beschlossen. Neben wichtigen Effizienzgewinnen stärkt die angenommene Motion die Sicherheit der Patienten (weniger Rezeptfälschungen und Medikationsfehler). Ebenfalls angenommen wurde eine Motion unseres Nationalrats Andri Silberschmidt, welcher die Stärkung der digitalen Kompetenzen des Gesundheitspersonals gefordert hatte.

Revision Sexualstrafrecht unter Dach und Fach

Nach einem gefühlt ewig langen Kampf in den Medien und im Ratssaal konnte das Parlament die fortschrittliche Revision im Sexualstrafrecht besiegeln. Der Nationalrat konnte sich im zentralen Punkt der Vorlage auf die Kompromisslösung (Widerspruchslösung inkl. Social Freezing) einigen. Von linker Seite wurde erfolglos versucht, nochmals die Zustimmungslösung ins Spiel zu bringen. Dies zeigt wiederum auf, dass ihnen der Wahlkampf, geführt von einer Symbolpolitik, wichtiger ist als mehrheitsfähige Lösungen im Parlament.



In der letzten Legislatur fungierte der Ständerat oft als bürgerliches Korrektiv.

Energie

Energiesicherheit

Der Mantelerlass für eine sichere Stromversorgung ist eine wichtige Grundlage für die Energiezukunft der Schweiz. Hier werden die Weichen für die Energiepolitik bis ins Jahr 2050 gestellt. Der Stromverbrauch wird bis dahin massiv zunehmen, da die Elektrifizierung voranschreitet und immer weniger fossile Brennstoffe genutzt werden. Um diesen Mantelerlass zu schaffen, haben die beiden Räte beschlossen, im Energie-, im Stromversorgungs- und im Raumplanungsgesetz zahlreiche Massnahmen zu verankern. Dennoch ist die Schweiz auch mit dem Mantelerlass nicht aus dem Schneider. Das Land braucht viel mehr Strom. Um die drohende Stromlücke zu beheben, braucht die Schweiz zwingend ein Grosskraftwerk und eine Überarbeitung der Energiestrategie. Dazu hat die FDP eine Fraktionsmotion eingereicht.

CO₂-Gesetz

Die Revision des CO₂-Gesetzes hat zum Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu Netto-Null bis 2050, was die Bevölkerung 2023 mit dem Ja zum Klimagesetz bekräftigt hat. Die Vorlage des Bundesrates entstand unmittelbar nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes im Juni 2021. Deshalb verzichtet die Vorlage auf neue oder höhere Abgaben, auf Gebote und Verbote, aber auch auf den Ausbau wirtschaftlicher Instrumente. Erfreulicherweise hat der Ständerat dennoch einige Elemente aufgenommen, welche die FDP bereits kurz nach der Volksabstimmung gefordert hatte.

Sicherheit

Neue Kampfflugzeuge

Ganz zu Beginn der neuen Legislatur in der Wintersession 2019 fällte das Parlament eine wichtige sicherheitspolitische Entscheidung und einigte sich auf den Rahmen für den Kauf neuer Kampfflugzeuge. Der vom Parlament verabschiedete Planungsbeschluss umfasste einen Budgetrahmen von maximal 6 Milliarden Franken für die Beschaffung neuer Flugzeuge. Wie zu erwarten war, wurde auch gegen diesen Beschluss ein Referendum von links ergriffen. In einem emotional geführten Abstimmungskampf konnte im Herbst 2020 nur dank des grossen Einsatzes der FDP-Kampagne ein knappes Ja (50,1%) erzielt werden.

Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

Seit den Anschlägen von Paris im Jahr 2015 haben terroristisch motivierte Täter in Europa mehrere Dutzend Attentate verübt. Um terroristische Anschläge verhindern zu können, haben Bundesrat und Parlament mit dem Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terroris-

mus (PMT) eine neue rechtliche Grundlage geschaffen. Die FDP hat zusammen mit der damals federführenden Bundesrätin Karin Keller-Sutter in der parlamentarischen Beratung eine zentrale Rolle gespielt, um einen mehrheitsfähigen Kompromiss mit verhältnismässigen Massnahmen zu zimmern. Die Volksabstimmung im Sommer 2021 konnte dank des tatkräftigen Einsatzes der FDP und ganz im Sinne des Grundsatzes «Keine Freiheit ohne Sicherheit» mit 56,6 Prozent gewonnen werden.

Kriegsmaterialgesetz

Die Initiative der SiK-S (23.402), die auf einer Motion von Ständerat Thierry Burkart basiert, wurde von der kleinen Kammer in der zweiten Woche der Sommersession 2023 behandelt und mit 22 zu 17 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) angenommen. Die Linke und einige Ständeräte der SVP und der Mitte waren dagegen. Leider lehnte der Nationalrat in der Herbstsession mit 135 zu 48 Stimmen bei 5 Enthaltungen die Initiative ab und folgte damit dem Antrag seiner Kommission. Um es kurz zu machen: Alle Parteien ausser der FDP und der Mitte lehnten den Vorschlag ab.

Herzlich willkommen!

Acht neue Fraktionsmitglieder stellen sich vor

Wenn am 4. Dezember die neue Legislatur beginnt, treten auch acht neue Freisinnige ihr Amt in der FDP-Liberalen Fraktion an. Hier erzählen sie, worauf sie sich freuen, was sie im Parlament bewegen wollen und wie sie sich vorbereiten.



Benjamin Mühlemann, Ständerat GL

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Es war ein eher ruhiger Wahlkampf. Ich spürte grosse Unterstützung aus der Bevölkerung und habe mich gefreut, dass sich dieser Support am Wahlsonntag auch im Resultat manifestiert hat.

Wofür wollen Sie sich im Ständerat einsetzen?

Im Zentrum steht der Einsatz für die liberalen Werte. Das heisst gute Rahmenbedingungen und wenig Regulierung für Unternehmen und den Arbeitsplatz. Ebenfalls will ich mich für stabile Beziehungen zur EU einsetzen und hoffe, dass wir in dieser Legislatur Nägel mit Köpfen machen können. Als Glarner Ständerat sind mir zudem gute Infrastrukturen, namentlich Strasse und Schiene, für meinen Kanton ein wichtiges Anliegen.

Worauf freuen Sie sich?

Auf die Menschen, sei es in der FDP-Liberalen Fraktion, aber auch ausserhalb der Partei. Und ich freue mich natürlich aufs Mitgestalten.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Die Vorbereitung ist anspruchsvoll, da ich noch bis im Frühling Regierungsrat bin. Das Doppelmandat unter einen Hut zu bringen, wird nicht leicht. Ich werde mich aber so rasch wie möglich in die Dossiers einarbeiten.



Pascal Broulis, Ständerat VD

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Unser Slogan «Wir machen die Schweiz stark» hat mir gut gefallen. Leider haben uns die Themen Migration und Gesundheitspolitik nicht gerade in die Hände gespielt.

Wofür wollen Sie sich im Ständerat einsetzen?

Natürlich setze ich mich generell für unsere Werte Freiheit und Verantwortung ein. Besonders am Herzen liegen mir die Themen Sozialversicherungen, Bildung und Finanzen.

Worauf freuen Sie sich?

Meinen Kanton Waadt zu vertreten. Der Föderalismus ist eine zentrale Stärke der Schweiz.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Mit Ruhe und Entschlossenheit.



Nadine Gobet, Nationalrätin FR

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Es war eine sehr intensive Zeit, da wir unseren Wahlkampf nahe bei den Leuten geführt haben. Ich war an zahlreichen Veranstaltungen und habe mich mit der Bevölkerung ausgetauscht und den Menschen zugehört. Das war anstrengend, aber auch sehr wertvoll. Schliesslich bin ich als Nationalrätin Volksvertreterin und der Kontakt mit der Bevölkerung ist dabei ein zentrales Element.

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Ich leite einen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband, der mehr als 4000 Unternehmen vertritt, die grosse Mehrheit davon KMU mit weniger als zehn Mitarbeitenden. Ich bin also mit den Herausforderungen der KMU-Wirtschaft vertraut und setze mich für gute Rahmenbedingungen von Unternehmen ein, damit wirtschaftliche Erfolge der ganzen Bevölkerung zugutekommen.

Worauf freuen Sie sich?

Ich bin seit über 15 Jahren Grossrätin in Freiburg. Jetzt kommt eine neue Herausforderung, auf die ich mich sehr freue. Ich will meine Ideen und Werte nun auch auf Bundesebene vorantreiben.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Mit grosser Motivation, aber auch Bescheidenheit. Ich hatte bereits Kontakt mit meinem Vorgänger Jacques Bourgeois und anderen Personen, die mir Informationen über die Funktionsweise des Parlaments und der Fraktion gaben.



Simone Gianini, Nationalrat TI



Kristiane Vietze, Nationalrätin TG

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Es war intensiv und anstrengend, aber auch sehr bereichernd. Durch den intensiven Kontakt mit den Wählerinnen und Wählern erfuhr ich die Erwartungen und Befindlichkeiten direkt und versuche diese als Volksvertreter im Nationalrat verantwortungsvoll umzusetzen.

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Das Thema Nummer 1, das die Bevölkerung beschäftigt, sind die – zunehmend unhaltbaren – Krankenkassenprämien. Ausserdem habe ich mich schon lange mit Mobilitätsthemen befasst und will mich dafür einsetzen, dass unser Land ein noch besseres und leistungsfähigeres Strassen- und Schienennetz erhält.

Worauf freuen Sie sich?

Die Vereidigung am 4. Dezember wird sicher spannend, da ich den Prozess bisher nur aus dem Fernsehen kenne.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Ich habe mich bereits während des Wahlkampfes mit den wichtigsten Themen der Bundespolitik auseinandergesetzt und werde dies noch bis zum Legislaturbeginn intensivieren. Als neu gewählter Nationalrat will ich am Anfang vor allem zuhören, lernen und mich in den Kommissionen möglichst zielgerichtet einbringen.

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Wir waren unterwegs auf der Strasse, auf Märkten, auf Messen. Dabei haben wir das Gespräch mit der Bevölkerung gesucht, um zu verstehen, wo der Schuh drückt und wo ich mich engagieren kann. Auch wenn ich auf einen Erfolg gehofft hatte, war die Ausgangslage anspruchsvoll und die Wahl – wenn man das Schlussresultat anschaut – kein Selbstläufer. Insofern bin ich dankbar und erleichtert. Ich danke auch den viele Unterstützerinnen und Unterstützern für ihren Einsatz. Es war unser grossartiges Teamwork, das «Kris nach Bern» möglich gemacht hat.

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Viele Menschen sind verunsichert. International ist die Sicherheitslage kritisch und die vielen Herausforderungen in unserem Land selbst beschäftigen die Bevölkerung zu Recht. Die Polparteien präsentieren der Bevölkerung einfache Gründe für die herrschenden Probleme und suggerieren damit noch einfachere Lösungen. Beide wecken mit unterschiedlichen Vorzeichen bei ihren Wählerinnen und Wählern die Sehnsucht nach einem starken Staat, der Geborgenheit bietet. Dabei reicht ein Blick über die Grenzen oder in die Geschichte, um zu erkennen, was passiert, wenn ein übermächtiger Staat die Gesellschaft steuert. Und wahrscheinlich gibt es auch nichts Unschweizerischeres als das. Um die Fragen der Zeit zu lösen, braucht es eine verantwortungsvolle und lösungsorientierte Sachpolitik, welche die Grundlagen in unserem Land sichert – und zum Zusammenhalt beiträgt: Dabei ist eine starke Wirtschaft zentral. Diese macht uns

unabhängig und bildet die Substanz für gesellschaftliche Entwicklungen. Wir brauchen heute mehr denn je machbare und zahlbare Lösungen, die gemeinsam getragen werden. Das ist der einzige Weg, um sicherzustellen, dass unser Land eine freiheitliche, starke und selbstbestimmte Schweiz bleibt. Dazu müssen die Pole, die mit Umverteilung und Migration Daueragitation betreiben, in die realpolitische Pflicht genommen werden – auch wenn sie viel lieber als Volkstribune und Ankläger auftreten, weil das viel mehr Stimmung und Schlagzeilen macht. Ich erwarte, dass sie ihre Verantwortung übernehmen und zu gutschweizerischen Lösungen beitragen.

Worauf freuen Sie sich?

Ich bin mir der grossen Verantwortung bewusst, die ich als Thurgauer FDP-Nationalrätin trage. Ich freue mich auf engagierte Debatten und das gemeinsame Finden von Lösungen, die unser Land nach vorne bringen.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Die Wintersession startet bald, ich will gut vorbereitet sein. Deswegen setze ich inhaltlich meine Arbeit und Analysen in den verschiedenen Dossiers fort. Ebenso stehe ich im Kontakt mit der FDP-Liberalen Fraktion im Bundeshaus, um mich möglichst rasch in die Arbeit einzubinden.

Neu gewählt



Heinz Theiler, Nationalrat SZ

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Für mich war es nicht das erste Mal, dass ich auf der Hauptliste kandidierte. Aber noch nie stand der Teamgedanke so stark im Vordergrund wie in diesem Jahr. Unsere Partei hat sich kräftig in diesen Wahlkampf hineingekniert und die Sensation geschafft: Nun besetzen wir zwei der sechs Schwyzer Sitze in Bundesbern. Ich fühlte mich während des ganzen Wahlkampfs stark von der Parteibasis getragen – und diese Ausstrahlung hat sich nach aussen übertragen. Ein tolles Gefühl!

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Als Präsident des kantonalen Gewerbeverbandes und damit Mitglied der Gewerbekammer stehen bei mir natürlich die Interessen der Gewerbetreibenden und Gewerbetreibenden zuoberst auf der Traktandenliste. Als langjähriger Finanzpolitiker im Kantonsparlament sind mir aber auch Steuerthemen und die Attraktivität des Werkplatzes Schweiz ein Anliegen. Dazu gehören auch die Themen der Infrastruktur und Verkehrsanbindungen.

Worauf freuen Sie sich?

Nach zwölf Jahren im Schwyzer Kantonsparlament freut es mich unglaublich, in Bern ein neues Kapitel aufzuschlagen zu dürfen. Ich bin stolz, dass ich als Carrosseriemeister die Stimme der Gewerbetreibenden sein, als Innerschwyzer die Bergregionen vertreten und als Liberaler für unsere Überzeugungen eintreten darf. Ich erachte es als Privileg, dem ich mit Demut begegne – denn jetzt beginnt die wirkliche Arbeit, die Bewährungsprobe.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Auf der einen Seite muss ich meinen Carrosseriebetrieb mit acht Angestellten anders organisieren, was ich mit meinen Mitarbeitenden bereits abgesprochen habe. Auf der anderen Seite habe ich mit Petra Gössi wohl die versierteste Person, mit der ich mich schon seit dem Wahlsonntag regelmässig über die bevorstehenden Herausforderungen austausche. Die Vorfreude ist sehr gross und ich hoffe, dass sie noch lange anhält.



Simon Michel, Nationalrat SO

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Wir waren im Team von Anfang an gut aufgestellt, haben die vergangenen Wahlen analysiert und unsere Strategie und Ziele festgelegt. Unsere Partei braucht wieder mehr Unternehmer und Praktiker, um in der Bevölkerung glaubwürdig zu sein. Also haben wir uns darauf fokussiert. Im Kanton Solothurn kam erschwerend dazu, dass wir uns auf zwei geografische Listen aufgeteilt haben. Im Nachhinein müssen wir eingestehen, dass das ein Fehler war. Auch bei uns hat die FDP Wähleranteile verloren. Die zusätzlich erhoffte Mobilisierung durch zwei Listen vermochte den nationalen Trend nicht zu bremsen. Die Stimmung und die Zusammenarbeit in der Partei waren aber von Anfang an gut. Ich war beeindruckt ab dem Wahlkampf von Daniel Probst, Markus Spielmann und Martin Rufer. Sie gehören nach Bern. Sie können das.

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Während ich im Kanton auf Finanzen und Sport fokussiere, werde ich mich auf nationaler Ebene verstärkt mit ausserpolitischen und wirtschaftsrelevanten Fragestellungen auseinandersetzen wollen. Die Kommissionen für die 52. Legislatur sind aber in der Fraktion noch nicht abschliessend zugeteilt.

Worauf freuen Sie sich?

Auf die vielen Begegnungen und die Möglichkeit, mein Netzwerk und Wissen für unsere liberalen Werte einzubringen. Zudem muss es uns als Partei gelingen, den Rückgang zu stoppen und wieder Wähleranteile zu gewinnen. Auch dafür werde ich mich einsetzen. Ich will einen Beitrag leisten, dass Freisinnige, die wir an SVP und GLP verloren haben, zurück nach Hause kommen. Dafür müssen wir einfacher und pointierter werden. Wir müssen auf Themen fokussieren, die für unsere Bevölkerung wirklich relevant sind. Der Kanton Bern zum Beispiel hat viermal mehr Sitze im Nationalrat als Solothurn, aber auch bloss einen FDP-Vertreter. Das kann nicht sein.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Bei Ypsomed bin ich gut aufgestellt. Wir haben starke Teams mit viel Eigenverantwortung und Kompetenz. Politisch stelle ich aktuell meinen Stab zusammen: Planung, Logistik, Inhalte, Kommunikation. Leider werde ich einige meiner aktuellen Mandate abgeben müssen. Das bedaure ich, ist aber normal.



Bettina Balmer, Nationalrätin ZH

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Es war intensiv, aber auch positiv. Unterstützung zu spüren, gibt viel Energie. Es war toll, wie viele Leute mir geholfen und mich beim Wahlkampf unterstützt haben. Weniger schön war der bürokratische Aufwand, den die neuen Transparenzvorschriften verursacht haben.

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Als Ärztin liegt mir natürlich die Gesundheitspolitik nahe. Dadurch wurde ich politisiert und will mich deshalb auch einbringen. Zudem freue ich mich darauf, die Individualbesteuerung im politischen Prozess zu begleiten, da mir diese am Herzen liegt. Ich interessiere mich aber auch für Innovationsthemen und den Werkplatz Schweiz.

Worauf freuen Sie sich?

Ich freue mich auf den Parlamentsbetrieb, neue Leute und Bekanntschaften. Einen kleinen Teil zur Schweiz beizutragen, wird sicher spannend, wobei ich auch Respekt vor dieser Aufgabe habe.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Ich lese alle Unterlagen und spreche mit bisherigen Parlamentariern. Dazu kommt Organisatorisches. Ich suche eine Assistenz und muss meinen Dienstplan im Spital anpassen.



Mit schnellem Finger zu schnellem Internet

Erfolgreiche FDP-Parlamentarier

Die Initiative «CHANCE5G» hat das Onlinespiel «5G. The Game» lanciert. Auf spielerische Art und Weise soll damit die Bevölkerung für das Thema und die Wichtigkeit einer leistungsfähigen, flächendeckenden sowie nachhaltigen Mobilfunkinfrastruktur sensibilisiert werden.

Im Onlinespiel «5G. The Game» geht es darum, die Nachfrage nach Mobilfunkverbindungen zufriedenzustellen. Personen erscheinen auf dem Spielfeld und wollen sich mit einem mobilen Netz verbinden. Allerdings hält sich ihre Geduld bezüglich Netzqualität in Grenzen. Es gilt darum, zu verhindern, dass fehlende und schlechte Verbindungen Zufriedenheitspunkte kosten. Antennen sollen zudem clever platziert und fortlaufend auf die modernste Mobilfunkgeneration aktualisiert werden. Je stabiler Spielerinnen und Spieler das Netz halten, umso höher steigt die Punktezahl. Ärgern sich zu viele Personen über fehlende Verbindungen, führt das zum Ende des Spiels. «Wie im richtigen Leben, ärgern sich auch im «5G. The Game» Personen über schlechte Verbindungen», sagt Ständerat Hans Wicki.

5G auf spielerische Art entdecken

Warum dieses Spiel? Wir nutzen stetig mehr mobile Daten. Die heutigen Mobilfunknetze stossen daher an ihre Grenzen und müssen ausgebaut werden. Dies erfolgt sinnvollerweise mit der neusten Tech-

nologie. 5G ist die Weiterentwicklung des heutigen Mobilfunkstandards 4G und ermöglicht, dass unsere Mobilfunknetze die steigenden Anforderungen auch in Zukunft zuverlässig erfüllen können. Dafür setzt sich die Initiative «CHANCE5G» ein, und das will dieses Spiel auf eine einfache und eingängige Art und Weise aufzeigen.

Wer schlägt die FDP-Parlamentarier?

Im Zuge der Lancierung des Spiels haben verschiedene Botschafterinnen und Botschafter von «CHANCE5G» das Spiel ausprobiert – so auch FDP-Parlamentarier. Besonders erfolgreich waren dabei der Zürcher Nationalrat Andri Silberschmidt sowie Ständerat Andrea Caroni aus Appenzell-Ausserrhoden. Sie halten zurzeit den Rekord mit 118 bzw. 112 Punkten. Die beiden sind sich einig: «Das Game ist einfach zu spielen, macht aber grossen Spass. Zudem vermittelt es einen wertvollen Eindruck zum Thema. Diese Mischung ist gut gelungen und wir sind gespannt, wer alles unseren Punkterekord übertreffen wird.



QR-Code scannen und selbst auf Punktejagd gehen.



Punktstand der FDP-Parlamentarier

Andri Silberschmidt:	118
Andrea Caroni:	112
Marcel Dobler:	77
Christian Wasserfallen:	45
Josef Dittli:	31
Hans Wicki:	18

Die Duelle der FDP-Parlamentarier lassen sich hier nachschauen:



Die Renteninitiative sichert die Renten kommender Generationen. Foto: iStock/Ljupco.



Renteninitiative sichert die AHV

Eine nachhaltige Lösung für kommende Generationen

Der AHV drohen in den nächsten Jahren grosse Finanzierungslücken. Obwohl die Probleme bekannt sind, verweigert sich die Mehrheit des Parlaments einer nachhaltigen Lösung. Deshalb braucht es am 3. März 2024 ein Ja zur Renteninitiative. Andernfalls drohen tiefrote Zahlen und Schulden zulasten kommender Generationen.

In den vergangenen 50 Jahren hat sich die Altersstruktur der Schweiz stark verändert. Seit 1970 ist die Wohnbevölkerung um 40 Prozent gewachsen, die Zahl der über 65-Jährigen ist im gleichen Zeitraum um 129 Prozent gestiegen, insgesamt leben über 1,6 Mio. Menschen in der Schweiz, die das Rentenalter erreicht haben. Im Jahr 2050 werden es bereits 2,7 Mio. sein. Diese gewaltige demografische Veränderung wirkt sich direkt auf die Altersvorsorge aus. Für die Finanzierung einer einzigen AHV-Rente stehen immer weniger Erwerbstätige zur Verfügung. Bei der Einführung der AHV im Jahr 1948 kamen auf eine Rentnerin 6,5 Erwerbstätige, heute sind es noch 3 und im Jahr 2050 nur noch 2.

Jetzt handeln!

Dass dieses Missverhältnis mittelfristig zu Problemen führt, dürfte jedem klar sein, der nicht den Kopf in den Sand steckt. Dank der Minireform AHV 21 ist das wichtigste Sozialwerk der Schweiz nämlich noch schuldenfrei – noch. Doch die Aussichten sind besorgniserregend. Aufgrund eingangs beschriebener Entwicklungen steigen die Ausgaben der AHV in den nächsten Jahren und Jahrzehnten stark an, während die Einnahmen nicht mithalten können. In der Folge verschlechtert sich das Umla-

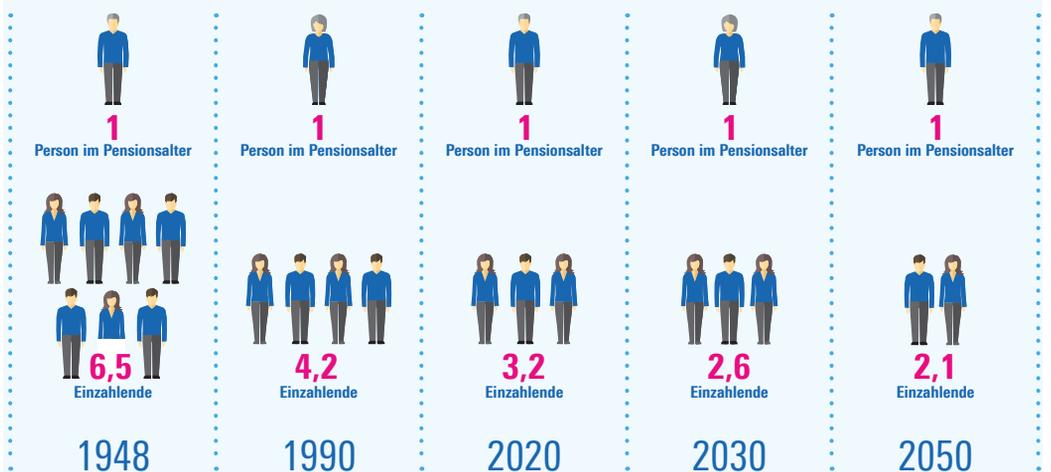
geergebnis der AHV massiv, sprich: Sie gibt mehr aus, als sie einnimmt. Das Positive an dieser Ausgangslage ist, dass die Probleme nicht urplötzlich aus dem Nichts auftauchen, sondern mit jahrelanger Vorlaufzeit bekannt sind und dementsprechend angegangen werden können. Negativ ist, dass ein Grossteil der Parteien die Augen vor diesen Realitäten verschliesst und nichts dagegen unternimmt. Ganz nach dem Prinzip Hoffnung oder nach dem Credo «nach mir die Sintflut». Beide Haltungen zeugen nicht von einer verantwortungsvollen Politik.

AHV mit Zukunft

Wer die AHV nachhaltig finanzieren will, damit auch heutige Erwerbstätige dereinst eine AHV-Rente erhalten, kann an vier Stellschrauben drehen: Rentenalter erhöhen, Renten kürzen, AHV-Beiträge erhöhen oder mehr Steuergelder in die AHV stecken. Nachdem mit der Reform AHV 21 das Rentenalter der Frauen angeglichen sowie die Mehrwertsteuer erhöht wurde, braucht es neue Ansätze. Hier kommt die Renteninitiative ins Spiel. Da die

Das Verhältnis der Einzahlenden und der Pensionierten verschlechtert sich.

Hier die Übersicht, wie viele Einzahlende eine Person im Pensionsalter bezahlen:



Quelle: Bundesamt für Statistik, AHV21 Übersicht, eigene Darstellung



Parlamentsmehrheit bisher nicht willens war, die AHV nachhaltig zu sichern, haben Jungfreisinnige und FDP eine Initiative eingereicht, um die Forderung nach sicheren Renten für kommende Generationen aufs politische Tapet zu bringen. Nun kommt die Renteninitiative am 3. März 2024 an die Urne, und die Bevölkerung kann Ja sagen zu einem Modell, das die AHV auf eine zukunftsfähige Basis stellt.

Entpolitisierung ist notwendig

Ziel der Renteninitiative ist es, eine nachhaltige Lösung für die Altersvorsorge zu finden. Die Renteninitiative sichert die AHV langfristig, indem das Rentenalter in einem ersten Schritt bis 2032 auf 66 erhöht und anschliessend mit der Lebenserwartung verknüpft wird. So wird das Rentenalter entpolitisiert, und die Renten bleiben auch in Zukunft gesichert. Dies gelingt in zwei Schritten: Zuerst erfolgt eine Erhöhung des Rentenalters von Männern und Frauen auf 66 Jahre bis ins Jahr 2032. Die genaue Umsetzung ist dem Bundesrat überlassen. In einem zweiten Schritt wird das Rentenalter mit der durchschnittlichen Lebenserwartung der Schweizer Bevölkerung verknüpft. Steigt die Lebenserwartung an, erhöht sich auch das Rentenalter. Das Rentenalter erhöht sich aber nicht parallel zur Lebenserwartung, sondern mit dem Faktor 0,8. Das heisst, wenn sich die Lebenserwartung bis im Jahr 2050 um zwei Jahre erhöht, steigt das Rentenalter lediglich um 19 Monate. Die Anpassungen erfolgen jährlich in Schritten von höchstens zwei Monaten, und Betroffene werden fünf Jahre vor Erreichen, des Rentenalters informiert. Das Anliegen ist moderat,



besonders im europäischen Kontext. Deutschland, Frankreich, Italien, England und weitere Staaten haben das Rentenalter 67 längst beschlossen und dieses teilweise ebenfalls mit der Lebenserwartung verknüpft.

Mit der Renteninitiative schaffen wir Fairness für künftige Generationen, und der Generationenvertrag zwischen Jung und Alt bleibt gewahrt. Dank der Entpolitisierung entziehen wir die Siche-

rung der AHV dem Primat der Politik, die bisher nicht imstande ist, diese gewaltige Herausforderung anzunehmen. Die FDP gibt einer konstruktiven Lösung gegenüber ignoranter Ideologie immer den Vorrang. Deshalb kämpfen wir gemeinsam für ein Ja zur Renteninitiative. Für eine starke AHV – heute und auch in Zukunft!

Marco Wölfli

Für die Maschinenindustrie ist ein ungehinderter Marktzugang besonders wichtig. Foto: Swissmem



Zugang zu internationalen Märkten ausbauen

Für Wohlstand und einen starken Wirtschaftsstandort

«Mit Blick auf den europäischen Markt ist der ungehinderte Marktzugang für Schweizer Unternehmen eine wichtige Chance.»

In einer globalisierten Welt ist der freie Zugang zu internationalen Märkten für Schweizer Unternehmen von entscheidender Bedeutung. Er verbessert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Exportindustrie nachhaltig. Der Zugang zu diesen Märkten ist indes mit Herausforderungen verbunden – sowohl international wie auch in Europa.

Die Schweiz verfügt derzeit weltweit über mehr als 30 Freihandelsabkommen, welche vorab durch Zollabbau Handelshemmnisse ausräumen. Darunter befinden sich wichtige Märkte wie die EU, China, Grossbritannien, Indonesien und Kanada. Weitere wichtige Märkte konnten hingegen noch nicht durch Freihandelsabkommen erschlossen werden, da die Verhandlungen noch zu keinem positiven Ergebnis geführt haben. Beispiele sind die USA, Indien und die Mercosur-Staaten. Die Option, mit diesen Staaten weiter zu verhandeln, muss gewahrt werden.

Herausforderungen im europäischen Umfeld

Mit Blick auf den europäischen Markt ist der ungehinderte Marktzugang für Schweizer Unternehmen eine wichtige Chance. Die EU ist die grösste Handelspartnerin der Schweiz. Dieser Marktzugang ist für Schweizer Unternehmen trotz bestehender bilateraler Verträge bisweilen mit Einschränkungen verbunden. Die Rechtsordnungen der Schweiz und der EU sind unterschiedlich und die Schweiz ist aus Sicht der Union ein Drittstaat. Aufgrund bürokratischer Hürden erleiden Schweizer Unternehmen, welche ihre Produkte oder

Dienstleistungen in die EU exportieren möchten, Nachteile. Beispiele aus der Praxis finden sich bei der Zulassung von Medizinalprodukten oder der Abwicklung der europäischen Mehrwertsteuer, wo Unternehmungen mit Ansässigkeit in der Union gegenüber jenen ohne Niederlassung bessergestellt sind. Dies kann insbesondere Schweizer Start-ups oder KMU treffen.

Ein weiteres Hindernis ist der wachsende Protektionismus in der EU. Die EU schützt eigene Standards dadurch, dass sie Unternehmen aus Drittstaaten zur Einhaltung eigener Regelungen verpflichtet – unabhängig davon, ob das Unternehmen dort ansässig ist. So sieht beispielsweise die jüngst in Kraft getretene «EU-Verordnung über Subventionen aus Drittstaaten» mit Bezug auf Unternehmenszusammenschlüsse und das öffentliche Vergaberecht neue Melde- und Genehmigungspflichten für bestimmte Unternehmen aus Nicht-EU-Staaten vor. Im schlimmsten Fall drohen der Ausschluss des Unternehmens aus dem öffentlichen Vergabeprozess oder die Rückabwicklung des Unternehmenszusammenschlusses.

Weitere Gesetzesprojekte mit ähnlicher Wirkung sind bereits angedacht: Die EU denkt bei-

spielsweise über neue Sorgfalts- und Registrierungs-pflichten für Steuer- und Rechtsberater aus Nicht-EU-Staaten nach, sofern diese grenzüberschreitend beraten.

Herausforderungen erfordern liberale Lösungen

Diese Nachteile lassen sich nur zum Teil unilateral durch Angleichung von Regelungen und Standards beheben. Deshalb ist es zentral, dass die Beziehung mit der EU mittel- und langfristig auf gesunden Beinen steht. Es ist wichtig, dass die EU und die Schweiz ihre bilaterale Zusammenarbeit weiterhin stärken und den Dialog über Handelsfragen aufrechterhalten. Die Schweizer Rechtsordnung soll dabei von der EU möglichst als äquivalent angesehen werden.

Eine liberale Wirtschafts- und Handelspolitik kann schliesslich dazu beitragen, den internationalen Marktzugang für Schweizer Unternehmen zu erleichtern und das Potenzial der wirtschaftlichen Zusammenarbeit voll auszuschöpfen.

Petra Gössi, Ständerätin SZ

Planlos mehr Steuergeld ins bereits teure Gesundheitssystem zu pumpen, ist keine sinnvolle Lösung. Foto: Montage FDP



Highway to hell

Sozialdemokratische Weihnachten im November

Nationalrat Philippe Nantermod zeigt auf, wie die SP jedes Problem mit höheren Steuern lösen möchte. Im Gesundheitswesen wären die Auswüchse dieser Politik besonders fatal.

Die Sozialdemokraten sind fantastisch. Für jedes Problem, jede Herausforderung und jede Sorge haben sie die passende Lösung: Steuern. Das sage übrigens nicht ich, sondern SP-Co-Präsident Cédric Wermuth in einem Tweet, der diese Haltung klar zum Ausdruck brachte.



Da Wermuths Lösung überall gilt, serviert uns die SP das gleiche Rezept auch bei den Krankenkassenprämien. Wenn es darum geht, den Bürgern in die Taschen zu greifen, beweisen die Sozialdemokraten unerwarteten Einfallsreichtum.

Mehr Steuern = höhere Gesundheitskosten

Es ist ein Kinderspiel. Wir multiplizieren die direkte Bundessteuer mit 342 Prozent. Wie dumm von uns, dass wir nicht schon früher darauf gekommen sind. Natürlich werden SP-Wähler, die keine Steuern zahlen und das in ihrem Leben auch nicht mehr vorhaben, überhaupt keine Kran-

kenkassenprämien mehr zahlen müssen. Für die Mehrheit werden die Prämien zudem sinken. Es ist pure Magie.

Es ist November und schon Weihnachten. Mit dem SP-Vorschlag werden die Gesundheitskosten um 5 Milliarden Franken erhöht. Wir wissen zwar nicht, wofür die 5 Milliarden Franken ausgegeben werden, aber es ist eine tolle Sache. Das kann man nicht erfinden: Die Sozialdemokraten glauben, dass die Lösung gegen steigende Gesundheitskosten steigende Gesundheitskosten sind.

Steuerhölle Schweiz

Wie gelingt der ganze Zauber? Natürlich durch die monströse Steuerprogression. Die hohen Einkommensklassen, die der SP ohnehin ein Dorn im Auge sind, werden gnadenlos bestraft. Mit dem Vorschlag der SP, damit wir keine Krankenkassenprämien mehr zahlen müssen, wird der durchschnittliche Einkommensteuersatz in der Schweiz für die Reichsten 70 Prozent erreichen. Frankreich mit seinem Höchstsatz von 45 Prozent erscheint daneben als Steuerparadies. Die Schweiz dagegen befände sich auf einem Höllenritt.



Philippe Nantermod, Nationalrat VS

Angesichts des nahenden Legislaturbeginns wird die SP uns vielleicht die proletarische Revolution vorschlagen. Ob es darin noch Platz für Spitzenverdiener hat, ist unklar. Aber das ist eine andere Debatte. Im Zuge der grossen Umverteilung kann man das Programm immer noch durch einige Zwangsmassnahmen ergänzen, um die Mutigsten davon abzuhalten, nach Wohlstand zu streben.

Philippe Nantermod, Nationalrat VS

Die Kolumne erschien zuerst bei blick.ch Romandie



FDP-Lösungen für ein hochstehendes und bezahlbares Gesundheitssystem.

Neugewählte Parlamentarier nehmen im Dezember erstmals im Bundeshaus Platz. Foto: Parlamentsdienste



Neuwahlen, neue Sitze und die Nacht der langen Messer

Vorschau auf die Wintersession

Bereits im Dezember müssen die Parlamentarier heikle Entscheide fällen und das Budget beraten. Doch es gibt auch angenehme Überraschungen.

Alles neu macht der Dezember. Zumindest im Parlament beginnt Ende des Jahres die neue Legislaturperiode. Das bedeutet viel Gestikulieren, Feiern und Taktieren. Allein die neue Sitzordnung im National- und Ständeratssaal ist ein Politikum. Die grossen Parteien sitzen hinten, die weniger grossen vorne. Dasselbe gilt im Kleinen für die Parlamentarier, wo traditionell die Schwergewichte in den hinteren Reihen Platz nehmen (fast wie in der Schule).

Generell sind die Wahlen zu den höchsten Ämtern eine ausgemachte Sache. So steht bereits im Voraus fest, dass Viola Amherd Bundespräsidentin wird, Eva Herzog den Ständerat präsidiert und mit Eric Nussbaumer ein Baselbieter höchster Schweizer wird. Das wird natürlich gefeiert: Mit zwei Ausflügen inklusive Extrazug reisen die Präsidentinnen und der Präsident in ihre Heimat, denn die beiden Basel planen ein gemeinsames Fest.

Mehr Spannung versprechen die Ersatzwahlen in den Bundesrat, wo es um die Neubesetzung des

Sitzes von Alain Berset und um die Wahl des Nachfolgers von Bundeskanzler Walter Thurnherr geht. Wer das Rennen machen wird, wissen wir erst am 13. Dezember. Vorher wird spekuliert und an der «Nacht der langen Messer» in der Bellevuebar werden vermeintliche Absprachen getroffen. Wie immer bei Bundesratswahlen gilt: Gewählt ist nur, wer das absolute Mehr erreicht, also mehr als die Hälfte aller Stimmen erhält. Das erkennt man auch an der Sprache des Nationalratspräsidenten, der das Ergebnis verkündet. Spricht er von «Stimmen haben erhalten», geht es in einen weiteren Wahlgang.

CO₂-Gesetz und Budgetberatung

In der Session wird aber auch Politik gemacht. Das CO₂-Gesetz geht in den Nationalrat. Damit werden die Weichen für die künftige Klimapolitik der Schweiz gestellt. Mit Anreizen statt Verboten soll die Bevölkerung zum Klimaschutz motiviert werden. So will es das Volk, das im Juni das Klima-

schutzgesetz (KIG) an der Urne angenommen hat. Dieses stellt die Weichen auf dem Weg zum Netto-Null-Ziel. Konkrete Vorgaben zur Zielerreichung macht das KIG aber nicht. Diese müssen in separaten Gesetzen geregelt werden, in einem ersten Schritt nun mit dem CO₂-Gesetz.

Gleichzeitig wird traditionell in der Wintersession das Budget beraten. Eine nicht ganz einfache Aufgabe, denn um die Schuldenbremse einzuhalten und künftige Generationen nicht zu belasten, muss verhindert werden, dass die Politiker das Geld mit beiden Händen ausgeben. Dass dies nicht geschieht, dafür sorgt auch Bundesrätin Karin Keller-Sutter, die einen ausgewogenen Vorschlag präsentiert. Die Parlamentarier wären gut beraten, ihr zu folgen. Wohin eine hohe Verschuldung führt, kann man derzeit in vielen EU-Ländern beobachten, die trotz Milliardenschulden nicht aus ihren hausgemachten Problemen herauskommen.

Christian Steiner, Fraktionssekretär

KOLUMNE

Schlankere Regulierung, weniger staatliche Wettbewerbsverzerrung

Die Freiheit wirtschaftlicher Entfaltung zu verteidigen, ist eine Daueraufgabe. Zwei Beispiele von der Front:

Übermässige Bürokratie belästigt und behindert Menschen in ihrer freien Lebens- und Unternehmensführung. Bevor das Parlament neue Gesetze beschliesst, muss es sich daher über die bürokratischen Kosten im Klaren sein. Leider werden die entsprechenden Einschätzungen von der Verwaltung selbst gemacht – der Regulator beurteilt also sein eigenes Werk. Die FDP fordert daher seit langem und mit Nachdruck eine unabhängige Regulierungsfolgeabschätzung (RFA). Die Räte nahmen unsere Fraktionsmotion hierzu zwar an, doch der Bundesrat verweigerte die Umsetzung. Daher bringen wir es direkt in die laufende Gesetzgebung zur Unternehmensentlastung ein, als Nächstes ist der Nationalrat gefordert.



Ebenso ärgerlich ist es für private Unternehmen, wenn Staatsbetriebe sich immer stärker auf an sich privaten Märkten ausdehnen. Mit ihren längeren Spiessen (Steuerfreiheit, Staatsgarantien, Teilmonopole, Quersubventionen) sorgen sie dort für unfairen Wettbewerb zulasten unserer KMU.

Dazu habe ich eine Motion eingereicht, die in beiden Räten erfolgreich überwiesen wurde. Der Ball liegt nun beim Bundesrat für einen Gesetzesentwurf, der unsere Unternehmen vor solch unfairem Wettbewerb durch Staatsunternehmen schützt.

Mit diesen und unzähligen weiteren Vorstössen kämpft die FDP für gute Rahmenbedingungen, die es den Menschen in unserem Land erlauben, durch freies Wirtschaften Wohlstand für alle zu erzeugen.

Andrea Caroni
Parteivizepräsident und Ständerat AR

Delegiertenversammlungen 2024

Jetzt vormerken:

Samstag, 20. Januar 2024, Zug

Samstag, 22. Juni 2024, Aargau

Samstag, 19. Oktober 2024, Tessin

**Wir machen
die Schweiz stark!**



Ihr altes Handy enthält wertvolle Rohstoffe.

Bringen Sie es zurück und schonen Sie damit die Umwelt.

In Schweizer Schubladen liegen rund 8 Millionen ungenutzte Handys herum. Schenken Sie Geräten ein zweites Leben – verkaufen Sie Ihr altes Handy oder spenden Sie es für einen guten Zweck.

Mehr Informationen finden Sie unter [swisscom.ch/kreislauf](https://www.swisscom.ch/kreislauf)

Gemeinsam bereit.